

Deutschland.

Berlin, 28. Mai. Wie aus Gumbinnen telegraphisch wird, melden Warschauer Berichte die Bildung von polnischen Insurrektionsbänden an der galizisch-polnischen Grenze. In hiesigen Kreisen ist davon nichts bekannt, doch ist die Mitteilung nicht unwahrscheinlich, da die polnische Agitationspartei ihre Projekte noch nicht aufgegeben hat und sich leider noch immer Leute finden, die auf die wahnsinnigen Pläne derselben eingehen. — Ein Wiener Korrespondent der „Augsb. Allg. Ztg.“ schildert die Wirkungen des parlamentarischen Fraktions- und Klubwesens, die dahin führen, daß selbst ein Ministerium, das aus der parlamentarischen Majorität hervorgegangen sei, bekämpft werde, damit Opposition gemacht werde. Es zeige sich in den Parlamenten nur zu sehr die Neigung, sich durch Opponenten Geltung zu verschaffen, ohne daß bedacht würde, daß man sich ins eigene Fleisch schneidet und der Reaktion Thor und Thür öffnet. Diese Bemerkungen mögen sich die preussischen National-Liberalen zu Herzen nehmen. Sie mögen bedenken, daß ein ähnliches Verfahren zur Zeit der neuen Aera eingeschlagen worden ist und die Folge gehabt hat, daß sich ein Ministerium in Folge der Opposition seiner eigenen Freunde, aus denen es hervorgegangen war, zurückziehen mußte. Frankfurter Blätter legen den General v. Moltke Aeusserungen in den Mund, die er über die Anhäufung von Kavalleriemassen in dem Lager von Chalons gemacht haben soll. Die Aeusserungen sind erfunden, da dieselben schwerlich mit irgend einem Grund einem preussischen Kriegsmann, am wenigsten den durch seine Schwelgerei bekannten General v. Moltke insinuiert werden können. Auch werden die Vorgänge im Lager von Chalons den preussischen Generalstab schwerlich in „Erstaunen“ gesetzt haben, der bekanntlich über dergleichen Dinge rechtzeitig und genau unterrichtet zu sein pflegt. Ueberhaupt ist auch hier, wie so häufig auffallend, daß die Aeusserungen Moltkes gerade einem demokratischen Berichterstatter mitgeteilt sein sollen. Gelogen wird von dieser Seite aber dennoch, selbst wenn die Lügen wenigstens dem urtheilsfähigen Theile der Leser auch sofort in die Augen springen. — Der Oberbürgermeister in Frankfurt a. M. Dr. Mumm ist in Folge der Präsentation des Magistrats durch Königl. Abtheilung vom 15. d. M. zum Mitgliede des Herrenhauses ernannt worden. — Nach einer aus Remel hier eingegangenen Nachricht ist der dortige Staatsanwalt Labes ermordet worden. Der Thäter ist verhaftet worden; nach den bisherigen Ermittlungen scheinen nur persönliche Motive zur That vorzuliegen. — Die als zuverlässig bezeichnete Mitteilung des „Ab. Couriers“, daß das Projekt der Rheinkorrektion einstellend ist, ist nicht zu verlässen, da die ursprüngliche Plan der Stromveränderung zwischen Bingen und Mainz auf ein Minimum vermindert werden, ist als unrichtig zu bezeichnen. Die Sache liegt noch wie vor einigen Monaten: es ist noch kein definitiver Entschluß gefaßt und werden noch die zur Geltung gebrachten sich gegenüber stehenden Ansichten erwogen. Wenn hierüber Beschluß gefaßt worden ist, wird ebenfalls darüber Entscheidung getroffen werden, ob der für die Rheinkorrektion entworfene Plan ausgeführt oder einer Aenderung unterworfen werden soll. Das Hauptinteresse hierbei, die Schiffahrt zu erleichtern, darf jedenfalls als gesichert angesehen werden. — Die von den Oberpostdirektionen und dem Oberpostamt in Hamburg eingereichten Nachweisungen für das Jahr 1867 haben ergeben, daß im genannten Jahre 218 Personen, welche der Postverwaltung als Beamte, Unterbeamte, Postknechte u. s. w. angehörien, zur gerichtlichen Untersuchung gezogen worden sind, davon sind 75 Briefträger, 64 Postexpedienten oder Postexpeditionsgeliefen, 35 Postknechte u. s. w. Der Gegenstand der Untersuchung war in den meisten Fällen Unterschlagung, dann Diebstahl, Betrug u. s. w. Die meisten Untersuchungen kamen in den Bezirken der Oberpostdirektionen zu Gumbinnen, Königsberg, Marienwerder, Breslau, Arnberg, Berlin, Düsseldorf, Posen u. s. w. vor. — Bei der Beratung der Petition um Bewilligung von 6000 Thlr. bezw. Ausrüstung einer Expedition der am 18. August stattfindenden Sonnenfinsternis wies der Graf Bassow auf die Bedenken hin, neue Ausgabemittel zu schaffen, nachdem man durch die Nichtbewilligung der Tabaksteuer-Erhöhung und durch die Ablehnung der Petroleumsteuer die Einnahmequellen des norddeutschen Bundes geschädigt habe. Diese Bemerkungen waren einem Theile der Liberalen so unangenehm, daß sie nach der „Odenbergischen Korrespondenz“, die namentlich die demokratischen Akkompagnements im Parlament immer sehr genau zu registriren pflegt, mit „Pfi!“ begleitet wurden. Die Wahrheit hört namentlich die liberale Partei sehr ungern, wenn sie davon betroffen wird, doch sollte dies wenigstens, wenn es nun eben sein muß, auf andere Weise zu erkennen gegeben werden.

Berlin, 29. Mai. Sr. Maj. der König machte am Mittwoch, nach Aufhebung der Tafel im Schlosse Bellevue, eine Spazierfahrt durch den Thiergarten und begab sich um 10 Uhr Abends nach Schlosse Babelsberg, wo das Nachtlager genommen wurde. Gestern Vormittags 10 Uhr hielt der König im Lustgarten zu Potsdam die Parade über die dortige Garnison ab. Nachmittags verweilte der König im Neuen Palais, spritzte dort mit den Kronprinzlichen Herrschaften und dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und kehrte darauf in dessen Begleitung hierher zurück.

— Der Handelsminister Graf Benplitz hat sich für einige Zeit aufs Land begeben.

— Der schwedische Gesandte Graf Manderström hatte am Mittwoch Mittag eine Besprechung mit dem Bundeskanzler.

— Der Vice-Admiral Jachmann ist von Kiel hierher zurückgekehrt.

Berlin, 28. Mai. Die Reise des Prinzen Napoleon nach dem Oden ist nun definitiv für den nächsten Monat beschlossen. Die Tour geht über Straßburg, Stuttgart, Wien,

Wesb und von dort die Donau abwärts und nach dem Bosphorus. Ein Aufenthalt in Wesb ist beschlossen, auch nach Belgrad beabsichtigt der Prinz sich zu begeben, doch zweifelt man daran, daß er Bukarest besuchen werde. Wie nach Deutschland wird übrigens der Prinz inkognito und mit wenigen Begleitern reisen. Man hat, und wohl mit Recht, dieser Reise im Voraus jeden ernsten politischen Charakter abgesprochen, dennoch ist dem „Avenir National“ z. B. der Ausflug des Prinzen nicht recht, denn, meint das Blatt, wenn sie auch wirklich keinen politischen Zweck hat, so wird sie doch solchen zu haben scheinen, und je mehr der Prinz in Berlin als Prinz und nicht als Diplomat empfangen worden, desto mehr wird man die Aufnahme, die er in Schönbrunn finden wird, diskutiren. Die Zusammenkunft in Straßburg, sagt das „Avenir“ hinzu, ist eine der Ursachen zu Besorgnissen für Europa während des abgelaufenen traurigen Jahres, die Zusammenkunft in Schönbrunn wird nicht geeignet sein, sie zu zerstreuen. Es sind unnötige Sorgen, die das Organ der französischen Demokratie sich macht, die eigene Beziehung auf den Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin könnte bei richtiger Auffassung und darüber belehren; denn diese hätte bekanntlich die Wirkung, die Besorgnisse vor einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland zu beruhigen. Da es nun über allen Zweifel erhaben ist, daß Oesterreich fest und aufrichtig entschlossen ist, die Befestigung seiner Existenz und seine zukünftige Größe weder in einem Vergeltungskampfe gegen Preußen, noch in Intriguen, um der Entwicklung Deutschlands Hindernisse in den Weg zu legen, noch auch in einer Machterweiterung in der Richtung des Orients zu suchen, sondern vielmehr in der regelmäßigen Entwicklung und einem liberalen Geiste seiner neuen konstitutionellen Einrichtungen, so kann auch ein Besuch am Kaiserlichen Hofe in Schönbrunn oder am königlichen in Wesb, nichts weiter sein als eine Höflichkeit oder höchstens eine Demonstration der freundschaftlichen Stellung des französischen und österreichischen Hofes zu einander. Um auch den bösen Schern zu meiden, als solle die Reise nach irgend einer Richtung hin politischen Zwecken dienen, hat man auch den, wenn überhaupt je ernstlich beabsichtigten, Absteher nach Lemberg und Kratau vom Programme abgesetzt.

— Die Journale der „ultramontanen Demokratie“ in Baiern haben sich mit Ingrimm auf die Rede des Abg. Böll geworfen, um sie im Feuerherd zu verbrennen. Die Passauer „Donau-Ztg.“ schreibt über diesen „Partikularistenbäcker“, den „Löwen in Augsburg“, spaltenlange Artikel. Sie weiß sich über dieses „Prachteremplet“ eines „bayerischen Schwaben“ gar nicht zu wundern. Preußen wolle Baiern „auffressen“. Nicht weniger ergrimmt behandelt das „Regensburger Morgenblatt“ den Abg. Barth.

Unseren bayerischen Fortschrittler ist das Herz weich geworden, wie einer Bauernbrant. In Berlin ist's bis auf den heutigen Tag noch nicht erhdet worden, daß ein Abgeordneter, nicht einmal einer von den national-liberalen Schleppträgern, auf den Grafen Bismarck, den Blut- und Eisenmann, ein Hoch ausgebracht hat. Unsere Fortschrittler wollten das erste Exempel statuiren. Abvokat M. Barth, der Führer des Fortschritts, den die Nothwendigkeit glücklich gerechert haben, konnte es nicht länger mehr aushalten; er mußte den Mann des „Jahrbuchers“ feiern. Von Barth's Munde stieß die Lobrede wie Honigsüß. An einer Tischrede sah Bismarck und als während dieser Halbtagung mit großem Appetit eine Portion Hummerjale. Der „große Mann“ fand an der lauren Küche offenbar mehr Geschmack als an der edelhaften Lobbede der bayerischen Fortschritts-Sendboten. Die Aeusserungen der Mitglieder der norddeutschen Fortschritts-partei über diesen Vorgang lassen sich aber nicht erzählen. Die „Abtags“ berichtet mit Genugthuung, Bismarck habe Mühe gehabt, Allen Bescheid zu thun, die mit ihm Glas anstinken wollten.

Dabei kommt es diesen Blättern auf eine Hand voll Erdächtungen nicht an. Die Rede Dr. Bölls im Zollparlamente, die von dem Leibjournal des Augsburger Advokaten als ein wahrhaft himmlisches Meisterstück gepriesen wird, habe bei den Preußen viel Beifall gefunden, weil Böll ganz nach dem Sinne und Wunsche der Preußen gesprochen, indem er den Eintritt Süddeutschlands in den Nordbund verlangt habe. Bekanntlich hat der Bevollmächtigte davon mit keiner Silbe gesprochen.

— Herr Dr. Johann Jacoby veröffentlicht in der „Zukunft“ eine Uebersetzung des Programms der neuen demokratischen Partei. Die Theilen nur die drei Punkte mit, welche Herr Jacoby als das Ziel der neuen Partei bezeichet. — Nach Herr Jacoby als das Ziel der neuen Partei bezeichet: Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Freiheit, gegründet auf Gleichheit aller dessen, was Menschengeist (!) trägt. Demgemäß ist 1) auf politischem Gebiete die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes zu erstreben, 2) Auf dem sozialen Gebiete die Theilnahme Aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Vertheilung der materiellen Güter zu erstreben. Dies aber ist nur möglich bei gerechter Vertheilung des Produktions-Ertrages zwischen Kapital und Arbeit. 3) Auf dem nationalen Gebiete endlich hat die demokratische Partei das jedem Volke zustehende Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung anzuerkennen.

— In Hamburg ist nunmehr, wie die „Hamb. B.“ mittheilt, zwischen den Buchhändlern und den Verlegern der dortigen Morgenblätter eine Einigung dahin erfolgt, daß von Mitte nächsten Monats ab die Sonntagsarbeit (alle oder nur die Tagesblätter?) in den Offizinen aufhöret. Ueber die dadurch hervorgerufenen Veränderungen in der Herausgabe der Zeitungen ist Weiteres noch vorbehalten.

— Die Zahl der verwundeten Militärs, die auf Staatskosten in den Bädern zu versorgen sind, ist auch in diesem Jahre noch so groß, daß die an den verschiedenen größeren Badeorten zu ihrer Aufnahme vorhandenen Heilanstalten nicht ausreichen. Ein großer Theil mußte überall noch in Privathäusern einquartiert und dort für ihre Verpflegung gesorgt werden. Es wäre übrigens wünschenswerth, daß durch freiwillige Beiträge den meist mittellosen Leuten der Aufenthalt in den Bädern behaglicher gemacht würde.

Die in den für sie eingerichteten Militärhospitälern Untergebrachten erhalten zwar Quartier und die nötige Verpflegung, so daß nur ihr spärliches Traktament, womit sie an den meist theuren Badeorten die kleinen Nebenbedürfnisse, Bier, Cigarren und Aehnliches nicht zu bestreiten vermögen. In den Privatquartieren wird für sie durchschnittlich ein Verpflegungssatz von 15 bis 20 Sgr. pro Tag und Mann bezahlt. Bäder und ärztliche Hülfe werden natürlich ohne Entgelt geleistet.

— (Norddeutscher Reichstag.) 14. Plenarsitzung. Präsident Dr. Simson. Die Plätze im Hause sind lückenhaft, die Tribünen mäßig besetzt. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Das Haus tritt hierauf in die Tages-Ordnung ein. Der erste Gegenstand derselben ist: Fortsetzung der Spezial-Diskussion über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Schuldhast, der Antrag des Abg. v. Blaudenburg, denselben Gegenstand betreffend, sowie die hierauf bezüglichen Petitionen. Die Spezial-Diskussion beginnt, nachdem in der gefrigen Sitzung der §. 1 des Gesetzes erledigt wurde, mit §. 2. — Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter Abg. Fette: Nachdem gestern §. 1 in der Fassung, wie ihn die Kommission vorgeschlagen, angenommen wurde, bitte ich Sie, dies auch bei §. 2 zu thun. Die Motive des Gesetzes beabsichtigen den Sicherheits-Arrest aufrecht zu behalten. Dagegen aber darf durch eine unpräzise Fassung dem Richter kein weiterer Spielraum überlassen bleiben und darf kein Zweifel über die Tragweite eines solchen Sicherheits-Arrestes bestehen. Es scheint mir konsequent, daß, wenn man den Sicherheits-Arrest überhaupt beibehalten will, man denselben auch auf das Exekutions-Verfahren ausdehnt. Früher war es gestattet, ein neues Gesetz der Art zu begründen, daß man nachwies, der Angeklagte besitze kein Vermögen, und diese Art antizipirte man mit Personal-Arrest. Davon kann nunmehr keine Rede mehr sein. Ist nämlich der Personal-Arrest als Exekutionsmittel aufgehoben, so kann er auch nicht antizipirt werden. Vermögenslose Schuldner jetzt noch in Haft zu nehmen, ist nun nicht mehr möglich. Ich bitte Sie, dem Paragraphen keine andere Fassung zu geben, weil sonst der Richter leicht zweifelhaft über die Ausdehnung der Sicherheitshaft werden kann; das Amendement des Abg. Lasker verfolgt genau dieselbe Tendenz, wie unser Vorschlag, es hebt nur den Sicherheits-Arrest gegen Ausländer nicht hervor. Ich empfehle Ihnen prinzipiell den Kommissionsvorschlag und eventualiter den des Abg. Lasker.

Abg. Reichensperger (gegen den Kommissions-Antrag). Derselbe bekämpft überhaupt die Nothwendigkeit dieses Paragraphen, der eine schwere Schädigung der persönlichen Freiheit involvire. Der ganze Sicherheits-Arrest sei nichts anderes als ein Exekutions-Arrest, d. h. ein Schuldarrest, und lasse man auch noch hier die Verweigerung des Manifestations-Eides fortbestehen, so bleibt überhaupt die Schuldhast, die man aufheben wolle, in Kraft. Er sei daher der Meinung, daß der ganze Paragraph zu streichen sei. — Abg. Müller (Stettin) (für die Vorlage) erklärt sich für die Aufrechterhaltung des §. 2, weil derselbe eine günstige Wirkung auf die Interessen des Handelsstandes ausüben werde. Indem Redner vielsach auf die gefrige Debatte zurückgreift, fährt er aus, daß den bestehenden Verhältnissen gegenüber eine gewisse Schonung am Orte sei. Das Gesetz werde eine große Wirkung auf die Kredit-Verhältnisse äußern. Hierauf habe der Herr Abgeordnete für Thorn zu wenig Gewicht gelegt. Er bitte den §. 2 des Gesetzes anzunehmen, der den Interessen des Handelsstandes in jeder Weise Rechnung trage. — Abg. Twesten (gegen die Vorlage): Ich bitte Sie, den Antrag der Kommission bei §. 2 nicht anzunehmen, weil Niemand weiß, was er mit demselben anfangen soll. Durch die Annahme des §. 1 sind die Fälle bestimmt, in denen der Personal-Arrest als Exekutionsmittel nicht statthaft sein soll. Tangirt werden meines Erachtens dadurch nicht diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche eine Exekution auf eine Handlung zum Gegenstande haben. Der Berichtsteller kann auch ferner trotz dieses Paragraphen gezwungen werden, eine Handlung zu leisten, deren Leistung von seinem Willen allein abhängt. Meiner Ansicht nach ist es nicht richtig, bei einem Sicherheits-Gesetz weiter in die Exekution hineinzugreifen. Die große Mehrheit dieses Hauses geht dahin, daß die Schuldhast als solche nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Es ist daher unsere Pflicht, dieselbe als solche aufzuheben. Wir können uns nicht auf die allgemeine Prozeßordnungs-Gesetzgebung verlassen lassen. Aus irgend einem Grunde aber zu untersuchen, wie in den Einzelgesetzgebungen die Exekutionsvollstreckung bei einem Manifestations-Eide sich gestaltet, das scheint mir nicht hierher zu gehören. Zu beklagen haben wir, wie bei allen Gesezen, so auch hier, den absoluten Mangel geeigneten Materials, um überlegen zu können, wie sich die Frage in den einzelnen Ländern zur Prozeßgesetzgebung erhält. Ich vermag nur das Verhältniß zur preussischen zu übersehen und hier war es bisher nicht erforderlich, zwischen dem Sicherungs- und Exekutions-Arrest zu unterscheiden. Wir haben oft schon schlimme Resolutionen gehabt, aber noch keine so schlimme, wie die von der Kommission vorgeschlagene. Will man die Personalhaft als Schuldhast abschaffen, dann darf man sie nicht unter dem Einwand des Sicherungs-Arrestes wieder einführen.

Bundeskommissar Geh. Ober-Justizrath Dr. Pape: Der §. 2 der Vorlage enthält, wie ich bereits gestern anführte, eine Beschränkung, die sich auf eine gewisse Art des Sicherheitsarrestes bezieht. Dieser ist oft nichts weiter als die der wirklichen Zwangsvollstreckung vorausgehende oder eine vollstreckte Exekution. Es liegt ein innerer Widerspruch darin, die Schuldhast als Exekutionsmittel nicht beizubehalten, und die Körperhaft als Sicherheitsarrest beizubehalten. Aber, meine Herren, und das hat der Abg. Twesten vollständig übersehen, der Sicherheitsarrest erscheint mitunter nichts weniger als die Zwangsvollstreckung vorwegnehmende Exekution (sehr wahr). Er soll nur dazu dienen, dem Gläubiger prozeßuale Handlungen zu ermöglichen, deren er bedarf, um seine Rechte vor Gericht mit Erfolg durchzuführen. In dieser Beziehung kommt der Sicherheitsarrest in sehr verschiedenen und zahlreichen Anwendungen vor. Nach deutschem Rechte dient er zur Gründung des Gerichtsstandes, zur Ermöglichung des Kontumazial-Verfahrens und überhaupt, um das Prozeßverfahren in Gang zu bringen und im Gange zu erhalten. Häufig ist er das gesetzliche Mittel, um in gewissen Prozessen einzuwirken, den Verfügungen des Gerichts Anerkennung zu verschaffen, in Konkursen, um die Abwicklung des Konkursverfahrens in der vom Gesetze beabsichtigten Weise zu erweitern. Ueber das Manifestations-Verfahren brauche ich mich nicht weiter zu äußern, weil diese Frage schon gestern erledigt ist. Wenn der Sicherheitsarrest gänzlich unterdrückt wird, so werden sich noch weit gefährlichere und schädlichere Mittel ergeben, als bei der Aufhebung der Schuldhast, bei der excoctio ad faciendum. Die Gesetzgebung werde genöthigt, sofort nähere Bestimmungen über den Gerichtsstand, über das Kontumazialverfahren zu treffen, Vorschriften, die für das gesammte Bundesgesetzgebung gelten und die erst die gemeinsame Bundesgesetzgebung bringen kann. In der Kommission hat sich, soviel ich mich entsinne, nur eine Stimme für die Aufhebung des allgemeinen Sicherheitsarrestes erhoben. Der Zweifel, den der Abg. Twesten gegen den §. 2 über die Anwendung dieser Vorschrift erhebt, ist in der Kommission von keiner Seite zur Sprache gebracht worden und auch ungründet, denn der Paragraph führt ja keine neuen Vorschriften ein, sondern bestimmt, daß in jedem einzelnen Falle das Partikularrecht seine Geltung behalten solle. Redner geht noch näher auf die Spezial-Verhandlungen in der Kommission ein, theilt noch mit, daß bei den Sitzungen des Bundesrats von den verschiedenen Handelskammern eingeforderten Entschlüssen sich dieselben für die Beibehaltung der Schuldhast gegen Ausländer erklärt hätten. Die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, das Vorsteher-

Ant der Kaufmannschaft zu Königsberg, Danzig, Stettin, Leipzig, Breslau, Bremen und Hamburg, die beiden letzteren jedoch mit einigen Beschränkungen. Jedoch für Gleichstellung der Ausländer und Inländer hätten sich die Handelskammern zu Frankfurt a. M. und Köln ausgesprochen. Weiter fährt fort: Sie sehen also, wie gefährlich es sein wird, den §. 2 abzuheben, der vollkommen genügt, um den von den kompetentesten Seiten geltend gemachten Bedürfnissen abzuhelfen. Wenn auf das Ausland verwiesen ist, so füge ich hinzu, daß in Desterreich der Sicherheits-Arrest in weit höherem Maße aufrecht erhalten ist, als der vorliegende §. 2 es verlangt. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß für alle Fälle der Sicherheits-Arrest nicht unmöglich wird. Die Zusätze betreffend, so halte ich den ersten Zusatz der Kommission und den des Abg. Laster für richtig, aber nicht für notwendig; den zweiten Zusatz der Kommission für überflüssig und schädlich.

Abg. Wagners (Altenburg): Das Manifestationsverfahren ist ein spezifisch preussisches und das Gesetz hat wohl daran, diese Bestimmung nicht aufzuheben. Aus einer Menge von Gründen sei die Beibehaltung der Schuldbast für Ausländer wissenschaftlich unmöglich. Dagegen sei es notwendig, den Sicherheits-Arrest, welchen der Antrag Laster-Windthorst beibehalten wolle, aufrecht zu erhalten. — Ein Antrag des Abg. Günther (Deutsch-Grone) auf Schluß der Diskussion wird angenommen. — Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Antrag Laster-Windthorst mit sehr großer Majorität angenommen. Er lautet: „den §. 2 des Gesetzes Entwurf so wie folgt zu fassen: Die gesetzlichen Vorschriften, welche den Personal-Arrest gestatten, um die Einleitung oder Fortsetzung des Prozesses zu sichern (Sicherungs-Arrest), bleiben unberührt.“ Die §§. 3 und 4 werden in der Regierungs- und Kommissionsfassung angenommen. — Nach einem Antrag Laster-Aegidi wird dem Gesetz hinzugefügt: „Das Gesetz tritt in Kraft an dem Tage, an welchem es durch das Bundesgesetzblatt publiziert wird.“ — Abg. v. Blandenburg zieht seinen Specialantrag zurück, und das Gesetz wird darauf im Ganzen in der beschlossenen Fassung fast einstimmig angenommen. — Es folgt hierauf eine Debatte über die von dem Abg. Schulze-Delitzsch und Genossen beantragte Resolution: „den Bundesrath aufzufordern, den Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, worin das unbedingte Verbot jeder Beschlagnahme noch nicht verbodener Arbeits- und Dienstlöhne im Exekutions- und Arrestwege ausgesprochen wird.“ — Abg. v. Bernuth hält die Resolution hier nicht für anwendbar. — Der Referent wünscht Modifikationen, namentlich Erledigung der Frage bei der neuen Civilprozessordnung. — Abg. Dr. Waldeck empfiehlt dringend die Annahme der Resolution. — Abg. Friedenthal gegen die Modifikationen des Herrn Referenten. — Abg. v. Blandenburg schließt sich dem an und empfiehlt die Annahme der Resolution. Seine Freunde möchten nicht wegen des darunter stehenden Namens sich scheuen und ihre Mitwirkung entziehen. Vor 5 Jahren hätte der Abg. Wagner denselben Antrag gestellt, und damals hätte der Abg. Waldeck seine Rede mit der gleichen Mahnung begonnen, nicht vor der Sache zu erschrecken, weil sie von unserer Seite ausgegangen! (Große Heiterkeit). Die gegenseitigen Empfehlungen müßten doch wohl der Beweis sein, daß die Sache wirklich gut ist. — Abg. Schulze: Bestehen Sie den ungeschunden Kredit, so wird man desto eher in die Bahnen des gefundenen Credits einlenken. — Der Referent zieht seine Vorschläge zurück, die Resolution wird fast einstimmig angenommen. — In Schlussberatung wird hierauf der Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in den einzelnen Paragraphen und im Ganzen mit drei Amendements ohne Diskussion angenommen. — Abg. Dr. Reinde beantragt die Konstatierung der Beschlußfähigkeit des Hauses für seinen Antrag. Das Haus beschließt, die heutige Sitzung abzubrechen und die Beratungen am Donnerstag, den 4. Juni, 10 Uhr wieder aufzunehmen. Tagesordnung: Pensionierung der schleswig-holsteinischen Offiziere; Postvertrag Schweiz; Sulnamündung; Antrag Dr. Reinde. — Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr.

Mainz, 27. Mai. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß Betreffs der Niederlegung der Festungswerke zwischen dem Münster- und Raimundthoe günstige Nachrichten eingetroffen sind. Die preussische Regierung soll auf den Vorschlag unserer Stadt, wonach diese eine Million Gulden für das Umland zwischen Stadt und Gartenfeld offerierte, eingegangen sein.

Dresden, 28. Mai. Nachdem in der Eisenbahnfrage gestern Nachmittags zwischen beiden Kammern über alle Punkte ein Einverständnis erzielt worden, ist heute eine Apyrozentige Eisenbahnanleihe von 20 Millionen Thalern genehmigt, welche vom Januar 1869 ab successive zur Ausgabe gelangen soll. Bezüglich des Gesetzes über die Aufhebung der Todesstrafe ist keine Einigung erfolgt. Heute findet die letzte Sitzung in beiden Häusern statt; morgen verabschieden sich die Landtagsmitglieder vom Könige.

Die beiden Kammern haben ihre Schlussitzungen gehabt. Die erste Kammer hat bei der wiederholten Abstimmung über die Abschaffung der Todesstrafe die Regierungsvorlage mit 20 gegen 16 Stimmen abgelehnt, während die zweite Kammer dieselbe nochmals mit 40 gegen 24 Stimmen angenommen hat. Da nicht eine zwei Drittel-Majorität der ersten Kammer die Vorlage ablehnte, erklärte der Präsident derselben, daß die Todesstrafe gesetzlich abgeschafft sei.

Ausland.

Wien, 26. Mai. Aus Serbien und Bosnien sind zuverlässige Nachrichten hier angekommen, denen zufolge die Insurrektion derselben bereits ausgebrochen ist. — Herrn v. Beust's Gesundheitszustand ist durch den letzten Kollisionsfall stark erschüttert und in den bestunterrichteten Kreisen hält man das gleich zuerst aufgetauchte Gerücht von einem an Beust gemachten Vergiftungsversuch für vollständig begründet. Der französische Arzt des Herzogs v. Grammont hat Beust untersucht und bestätigt, daß alle Anzeichen auf einen Vergiftungsversuch hindeuten.

Wien, 28. Mai. Der „Neuen freien Presse“ zufolge hat sich die Kommission des Herrenhauses für das Gesetz, betreffend die Freigebung der Advokatur, erklärt und die Annahme des deutsch-österreichischen Handelsvertrages empfohlen. Die Linke hat sich für 20prozentige Couponsteuer entschieden. Der Rest des Defizits soll durch Steuern aufgebracht werden.

Im Unterhause richtete Abgeordneter Winterstein eine Petition der hiesigen Börsenkammer ein, worin das Haus gebeten wird, zu einer Reduktion der Zinsen der Staatsschuld seine Zustimmung nicht zu ertheilen und die Couponsteuer auf das geringste Maß zu beschränken.

Im Abgeordnetenhaus erfolgte die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Veränderungen des Bankstatuts. Der Finanzminister betonte die Unmöglichkeit, die Bankfrage jetzt definitiv zu erledigen, weil zuvor Verhandlungen mit Ungarn notwendig sein würden. Indessen sei eine einstweilige Erweiterung des Geschäftskreises der Bank wünschenswert.

Paris, 28. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht zwei Briefe des Erzbischofs von Algier und des Kriegsministers Marschall Niel, beide vom 22. d. M. Der Erzbischof erklärt, keiner der von ihm aufgenommenen Araber sei zwangsweise getauft worden. Die volle Freiheit bleibe denselben gewahrt. Er, der Bischof, fordere dagegen, daß man seine Rechte achte und ihm gestatte, für Waisen, Wittwen, Greise und Kranke Asyl zu öffnen. Der Kriegsminister erwidert: Er sei glücklich, zu konstatieren, daß der Zwist zwischen dem Erzbischof und dem General-Gouverneur auf einem

Mißverständnis beruhe. Allerdings müsse den Arabern die volle Gewissensfreiheit gewahrt bleiben. Die Regierung habe ihrerseits niemals daran gedacht, die bishöflichen Rechte einzuschränken zu wollen. Sie lasse dem Erzbischofe freien Spielraum für die Ausdehnung und Verbesserung seiner Asyls, und wolle ihm überdies das Recht einräumen, auf solchen Punkten, wo die Eingeborenen es fordern, neue Asyls zu gründen, unter der Bedingung, daß die vorgängige Genehmigung der Behörde eingeholt, und die für derartige Anstalten in Frankreich geltenden Gesetze und Regeln beachtet werden. Der Minister dankt schließlich dem Erzbischofe für den versöhnlichen Geist, mit welchem letzterer diesem bedauerlichen Meinungsstreite ein Ende gemacht habe.

Paris, 28. Mai. Im gesetzgebenden Körper brachte heute die Regierung das Rekrutierungsgesetz ein, wonach für 1869 100,000 Rekruten für das Land- und Seeheer aus der diesjährigen Dienstklasse einberufen werden sollen. Der Referent für das Anleihegesetz, Gressier, richtete sodann seinen Bericht ein.

Der „Constitutionnel“ dementirt die in einigen deutschen Zeitungen veröffentlichte, aus Gumbinnen datirte Depesche, wonach sich an der galizisch-polnischen Grenze poltische Insurrektionsbanden formirt hätten. — Es wird in Abrede gestellt, daß die Kaiserin nach Island zu reisen beabsichtige.

Kopenhagen, 28. Mai. Der Etatsrath Lavy ist beauftragt, die Verhandlung über die Seitens Preussens für die schleswig-holsteinischen Herzogthümer als Antheil an der dänischen Staatsschuld zu entrichtenden 29 Millionen Thaler im Juni in Berlin abzuschließen.

Pommern.

Stettin, 29. Mai. Die gestern im Krefmann'schen Park stattgehabte außerordentliche Versammlung des „Stettiner Gartenbau-Vereins“ vertheilte den Hauptzweck, die Beschäftigung zweier großer blühender Exemplare von Yucca Draconis, da bei der tropischen Temperatur die Blumen sich schneller, als vorher zu sehen war, entwickelt hatten und deshalb schon ziemlich verblüht waren; ebenso ging es mit einer blühenden Musa (Banane). Dagegen wurde der Gesellschaft ein Sortiment neuer gefüllter Petunien vom schönsten Nelkengeruch vorgesetzt, welche der Züchter, Herr Obergärtner Schüb, theils nach Mitgliedern der Krefmann'schen Familie, theils zu Ehren der Präsidenten des Vereins „Prof. Hering“ und „Frau Doktor Zütte“ benannt. Bei Besichtigung des Gartens fand der Fleiß und die Sorgfalt, mit der auf fast unweithbarem Boden eine so herrliche Parkanlage mit den reizendsten Abwechslungen in Strauch und Baum hergestellt war, allgemeine Anerkennung, wie auch in den Gewächshäusern manch schönes Exemplar von Palmen, Farnen, Coniferen, wie anderer Epiphytlinge der Tropen, von den Kennern bewundert wurde. Frau Lemke-Grabow hatte eine blühende Amarillidee, Crinum americanum, von äußerst feinem Geruche zur Ansicht gebracht.

Dem Herrn Direktor Jenke ist bei der gestrigen Feier seines 25jährigen Dienst-Jubiläums u. A. als Zeichen der Anerkennung seiner großen Verdienste um das Empordringen der Berlin-Stettiner Eisenbahn von Seiten des Directoriums und des Verwaltungs-Rathes ein kostbares silbernes Tafel-Service verehrt.

Alle Verfügungen, welche durch die Aufhebung der Schuldbast nöthig werden würden, sollen hier bereits bis auf die Datierung und die vollziehende Unterschrift fertig sein, um dem voraussichtlich bald in Kraft tretenden Gesetz ungesäumt Folge geben zu können.

Am Dienstag nach Pfingsten, Nachmittags 3 Uhr findet eine Provinzial-Versammlung des deutschen evangelischen Schulvereins im Besaale der Zülchow'schen Anstalten statt, wobei Herr Dr. Kolbe nach einer Ansprache die Debatte über folgende von Herrn Dr. Mensch in Gollnow gestellte Thesen leiten wird, welche die christliche Volksbildung nach ihren Hauptgesichtspunkten darstellen: Die allgemeine oder Volksbildung war der nichtchristlichen Vorwelt fremd, die Idee derselben findet sich erst im Christentum. I. Die Furcht vor der fortschreitenden Bildung ist eine unchristliche Unterschreitung; nicht die reichere Erkenntnis, nicht der geistbildende Unterricht, sondern nur das oberflächliche, todt, vom Glauben abgelöste Wissen bringt Gefahren für Religion und Sittlichkeit. II. Die Gebrechen unserer heutigen Volksbildung liegen im Mangel an religiösen Elementen, in der Entfremdung vom Evangelium, in der halben und falschen Bildung. III. Das Ziel der Volksbildung ist die Gottebenbildlichkeit durch harmonische Ausbildung und Entwicklung aller dem Menschen verliehenen Anlagen und Kräfte; die gläubige Vernunft ist die Höhe der Bildung. IV. Das Maß ist gegeben theils in der Persönlichkeit und der besonderen Bestimmung des Einzelnen, theils in lokalen Verhältnissen, theils in den staatlichen Formen, theils in der kirchlichen Verfassung. V. Vermittelt wird die Volksbildung durch Haus, Schule, Staat und Kirche. VI. Ueber einzelne Punkte, welche die Schule betreffen.

Wie verlautet, wird der diesjährige Wollmarkt der letzte sein, welcher auf den Paradeplätzen stattfinden, künftig soll der Markt auf dem neuen Centralgüterbahnhofe abgehalten werden.

Der Herr Landschafts-Direktor v. Hagen auf Premslaff ist von Neuem zum Direktor des Stargarder Landschafts-Departements für die sechsjährige Periode von 1868 bis 1874 gewählt und Alerhöchst bestätigt.

Der Oberförster Küster in Mügelburg ist unter Veretzung zur königl. Regierung in Marienwerder zum Forst-Inspektor ernannt und die Stelle in Mügelburg dem Oberförster Schmidt zu Cruttinnen, im Regierungsbezirk Gumbinnen, übertragen.

Bei der hiesigen Telegraphenstation ist der Ober-Telegraphist Voss verstorben und die Telegraphen-Kandidaten Böttcher, Belde und Dirk sind zu Telegraphisten ernannt worden.

Der bisherige Predigants-Kandidat Wegel ist zum Pastor in Hasenriet, Synode Rastebude, der bisherige Predigants-Kandidat Laubert zum Pfarrverweser in Rödchen, Parochie Lübz, und der Rektor und Hülfsprediger Lischow zu Swinemünde zum Pastor in Mönchow, Synode Usedom, erwählt. Alle drei sind in ihre Pfarrämter eingeführt worden.

Dem jüdischen Schächter Moses Abraham ist die Erlaubnis ertheilt, Kinder jüdischer Eltern in Böhlin in der Religion und in der hebräischen Sprache zu unterrichten.

Am hiesigen Gymnasium ist die definitive Anstellung des Schulamts-Kandidaten Karmohl als Kollaborator genehmigt. — Die Wahl des Predigants-Kandidaten Vogel zum ersten Lehrer bei der reformirten Gemeinde zu Stargard in Pommern ist bestätigt. — Der Seminar-Hülflehrer Trebst in Weisenfels ist als ordentlicher Lehrer am Seminar in Franzburg definitiv angestellt.

(Elyssium-Theater.) Die schönen Mai-Abende, deren wir uns andauernd zu erfreuen hatten, haben auf den Besuch des Sommer-Theaters, namentlich in letzter Zeit, den günstigsten Einfluß gehabt. Auch die Zugkraft, die nicht nur mehrere kleinere Stücke, sondern auch namentlich die Posse: „In Saus und Braus“ geübt, ist hierbei in Anschlag zu bringen, nicht minder wie die Beliebtheit, die sich verschiedene der Mitglieder in kurzer Zeit zu erwerben gewußt haben. — Um heute speziell auf die erwähnte Posse zurückzukommen, deren wiederholte Aufführungen stets vom reichsten Beifall des zahlreich versammelten Publikums begleitet worden, sei erwähnt, daß dieselbe das Thema „Wie gewonnen, so zerronnen“ an einem Kleeblatt junger Menschen illustirt, deren moralische Kraft an der Verwendung bedeutender Geldsummen erprobt wird, die ein reicher Sonderling als unbekannter Wohltäter ihnen spendet. Es sind also doch lauter Charaktere, die wir zu sehen bekommen, die erwähnten sowohl, wie noch manche andere, die nicht minder bestimmt durchgeführt werden, und die meist zu einer recht gelungenen Darstellung gelangen. Vor allem brillirt Fel. M. Raabe als Kellner Felix, und Fel. Göthe als Schauspieler Jungblut, beide auch durch treffliche Durchführung mancher anderen Rolle schon zu großer Beliebtheit gelangt. Von den übrigen Darstellern erwähnen wir noch Fel. Käußer (Baronin Thella), Herrn Weidt (Bankier Lindenheim) und Herrn Freimüller (Theaterfriseur Nietack), die durch interessante Charakter-Darstellung sich hervorthun. — Die Couplets sind theilweise von zu lokalem Berliner Interesse, zum Theil auf veraltete Gegenstände bezüglich. Doch zweifeln wir nicht, daß bei weiteren Wiederholungen die nöthigen Auffrischungen sich zeigen werden. Im Uebrigen wäre es zu wünschen, daß das Publikum Abstand nähme, kleine Kinder in das Theater mitzubringen; das Hinausbringen solcher kleinen Schreihälse während der Vorstellung verursacht oft recht unangenehme Störungen, und kann auch den Betheiligten nichts weniger als angenehm sein.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 28. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Lenche, Rasker von Rouen. Hulda, Busching von Pillau. Donia, Carlson; Minge Greta, Arvo von Pstait. Wind: N. D. Revier 14 1/2 F. Strom ausgehend. 7 Schiffe im Ansegle.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 18° N. Wind: N. D.

Au der Börse.

Weizen fest und etwas höher, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 82-92 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, ungarischer 68-80 $\frac{1}{2}$, per 83-85 $\frac{1}{2}$ per Mai-Juni 85 1/2, 86 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., Juni-Juli 81, 82 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 79 1/2, 80 $\frac{1}{2}$ bez., Br. u. Gd., September-Oktober 73 $\frac{1}{2}$ Br. u. Gd. Roggen fest und höher, per 2000 Pfd. loco 50-54 $\frac{1}{2}$, feiner 55 bis 57 $\frac{1}{2}$, per Mai-Juni 52 1/2, 54 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 51, 53 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., 52 $\frac{1}{2}$ Br., Juli-August 50, 51 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., September-Oktober 49, 49 1/2 bez. u. Gd. Gerste matt, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische und ungarische 43-45 1/2 $\frac{1}{2}$, feinste schwere 48 $\frac{1}{2}$. Hafer wenig verändert, loco per 1300 Pfd. 33-35 $\frac{1}{2}$ bez., per 47-50 $\frac{1}{2}$ per Mai Juni 33 1/2, 34 $\frac{1}{2}$ bez. Erbsen loco pr. 2250 Pfd. Futter 51 1/2-53 $\frac{1}{2}$. Winterähbren September-Oktober 71 $\frac{1}{2}$ bez. Rüböl matt, loco 9 1/2 $\frac{1}{2}$ Br., Mai-Juni 9 1/2 $\frac{1}{2}$ Br., Juni-Juli 9 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 9 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd., Septbr.-Oktober u. Oktbr.-Novbr. 9 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. u. Gd. Spiritus fest, loco ohne Faß 17 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni 17 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 17 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Juli-August 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., August-Septbr. 18 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Sept.-Okt. 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Okt.-Novbr. 17 1/2 $\frac{1}{2}$ bez. Angemeldeter. 250 Wpl. Roggen. Regulirungs-Preise: Weizen 85 1/2, Roggen 54, Rüböl 9 1/2, Spiritus 17 1/2.

Berlin, 29. Mai, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staatsschuld-scheine 84 1/2 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 95 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136 1/2 bez. Stargard-Polener Eisenbahn-Aktien 93 1/2 bez. Oesterr. National-Anleihe 54 1/2 bez. Pomm. Pfandbriefe 85 1/2 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 185 1/2 bez. Americaner 78 bez.

Weizen pr. Mai 78, 79 bez. Roggen pr. Mai 53 bez., 54 Gd., Mai-Juni 51, 52 1/2 bez., Juni-Juli 50, 52 bez. Rüböl loco 9 1/2 Gd., Mai-Juni 9 1/2 Br. u. bez., Septbr.-Oktober 9 1/2 bez. Spiritus loco 17 1/2 bez., Mai-Juni 17 1/2 bez., 1/2 Br., Juni-Juli 17 1/2, 1/2 bez., Juli-Aug. 17 1/2, 1/2 bez.

Breslau, 28. Mai. Spiritus per 8000 Prozent Er. 17 1/2. Roggen per Mai 48, per Mai-Juni 47 1/2. Rüböl pr. Mai-Juni 9 1/2, pr. Herbst 9 1/2. Zink fest.

Hamburg, 28. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen anhaltend flau. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 160 Bankthaler Br. 158 Gd., pr. Mai-Juni 144 Br., 143 Gd., pr. Juli-August 130 Br. u. Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. brutto 92 Br., 90 Gd., pr. Mai-Juni 87 Br. u. Gd., pr. Juli-August 85 Br., 84 Gd. Hafer stille. Rüböl geschäftslos, loco 20 1/2, pr. Mai 20 1/2, pr. Oktober 21 1/2, Spiritus still, 25 1/2 Br. Kaffee ruhig. Zink fest. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 28. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine flau, per Mai 188, per Juni 184, per Juli 185.

Stettin, den 29. Mai

Ort	Waren	Preis	Ort	Waren	Preis
Hamburg	6 Tag.	151 1/2 bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	150 1/2 bz	St. Schauspielh.-O.	5	102 B
Amsterdam	8 Tag.	143 3/4 bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Usod. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 3/4 bz	Pr. National-V.-A.	4	118 B
"	3 Mt.	6 24 3/4 bz	Pr. Sec.-Assicuranz	4	—
Paris	10 Tg.	81 1/2 bz	Pomerania	4	115 bz
"	2 Mt.	81 1/2 B	Union	4	107 bz
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Froy.-Zuckers.	4	—
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	4 1/2	—	Bredower	4	—
"	5	—	Walzmühle	4	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdb.	3 1/2	76 1/2 B	St. Dampfschiff-V.	5	—
"	4	86 B	Nene Dampfer-C.	4	94 B
Renteb.	4	—	Germania	—	100 1/2 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Valkan	—	125 G
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	—
"	Prior.	4	Pommerensd. Ch. F.	4	—
"	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 1/2	94 1/2 B	St. Kraftdünge-F.	—	—
"	Prior.	4	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4 1/2	—			